



## **Votum von Mattea Meyer Co-Präsidentin der SP Schweiz und Nationalrätin (ZH)**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Als junge Frau und Politikerin werde ich immer wieder mit zwei Fragen zur Altersvorsorge konfrontiert:

- Erstens, ob ich nicht Mühe hätte, die Rente der jetzigen Rentner\*innen bezahlen zu müssen und selber vielleicht gar keine oder nur schlechte Rentenleistungen erhalten werde?
- Und zweitens, ob ich nicht der Meinung sei, dass aus Gleichstellungsperspektive das Rentenalter von Frauen und Männern angeglichen werden soll.

Ich bin diese Fragen leid.

Auch als 33-Jährige möchte ich in einer Gesellschaft leben, die allen ein Älterwerden in Würde ermöglicht. Wir sollten nicht vergessen: Die AHV ist die soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie hat die Menschen von Existenzangst befreit. Und sie ist das grösste Entlastungspaket, das je für die erwerbstätige Generation geschnürt wurde. Dank der AHV wird die Verantwortung, für die ältere Generation zu sorgen, der Gesellschaft übertragen. Doch nun muss diese Verantwortung endlich auch vollumfänglich übernommen und das Versprechen in der Bundesverfassung endlich eingelöst werden: eine existenzsichernde AHV. Die Initiative für eine 13.AHV-Rente ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der heraufbeschworene Generationenkonflikt ist zudem aus einem anderen Grund falsch. Meine Generation kann ihr Leben mit Erwerbstätigkeit und Kinder nicht zuletzt dank Eltern führen, welche 160 Millionen Arbeitsstunden unbezahlte Betreuungsarbeit leisten. Jedes dritte Kind unter 13 Jahren wird von Grosseltern mitbetreut. Ohne sie, insbesondere ohne die Grossmütter unserer Kinder, würde die Wirtschaft zusammenbrechen.

Kurz: Es gibt keinen Generationenkonflikt und wir lassen es auch nicht zu, dass meine Generation gegen die ältere Generation ausgespielt wird. Der einzige Konflikt, den es bei der AHV gibt, ist der zwischen denjenigen, die auf die AHV angewiesen sind, und denjenigen, die sie nicht brauchen.

Ich bin diese Fragen auch leid, weil ich mich gerade aus Gleichstellungsperspektive gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters wehre. Es geht nicht darum, die fehlende Lohngleichheit oder die ungleiche Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit als «Pfand» gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters in der Hand zu behalten. Das wäre auch absurd: 44 Jahre tiefere Löhne, ein Leben lang mehr unbezahlte Arbeit können nicht mit einem Jahr weniger Erwerbsarbeit wettgemacht werden. Lohngleichheit ist unser Recht. Und die gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe. Beides hat massive negative Folgen für die Frauen bis ins Pensionsalter hinein.

Ich bekämpfe die Erhöhung des Frauenrentenalters, weil es ein Rentenabbau ist. Das ist angesichts der Lebensrealität von hunderttausenden Betroffenen inakzeptabel.

Jede vierte Frau hat nur die AHV. Jede zehnte Frau ist direkt nach Erreichen des Pensionsalters auf Ergänzungsleistung angewiesen. Die Medianrente der Frauen unter Einbezug der ersten und zweiten Säule liegt unter 3000 Franken.

Doch statt endlich für Verbesserungen zu sorgen, kommt der bürgerlichen Mehrheit im Parlament nichts besseres in den Sinn, als einen Rentenabbau durchzusetzen. Das ist ein Hohn, zwei Jahre nach dem Frauenstreik!

Was es jetzt braucht, sind Rentenleistungen, die zum Leben reichen. Dazu gehört ein Ausbau der AHV, weil diese nicht nur solidarisch finanziert und unglaublich effizient ist. Sondern weil sie als einzige Sozialversicherung auch die unbezahlte Betreuungs- und Erziehungsarbeit rentenbildend anerkennt.

Was es jetzt braucht, ist eine Altersvorsorge für die Zukunft.